

OWL kompakt



Jugendliche Serientäter überführt

■ **Rietberg.** Zwei Jugendliche aus Rietberg (Kreis Gütersloh) sind nach einem versuchten Raubüberfall auf ein Juweliergeschäft in Rietberg festgenommen worden. Den 17- und 19-Jährigen werden zudem weitere Raubüberfälle vorgeworfen. Auch wird ermittelt, ob sie für Wohnungseinbrüche im Kreis Gütersloh verantwortlich sind.

Verhinderte Bankräuber flüchten mit Geldbörse

■ **Rödinghausen.** Am Mittwochmorgen wurde ein Angestellter der Sparkassenfiliale in Rödinghausen (Bünde, Kreis Herford) von drei Männern körperlich angegangen. Sie forderten ihn auf, den Tresor zu öffnen. Das Unterfangen schlug aus technischen Gründen fehl. Die Täter flüchteten daher mit der Geldbörse des Angestellten.

Lange Gefängnisstrafe beantragt

■ **Bielefeld.** Die Staatsanwaltschaft hat acht Jahre Haft für einen 49-Jährigen beantragt, der im Mai volltrunken einen Zechkumpen getötet hat. Die beiden hatten sich bei einer Entziehungskur kennengelernt, waren aber beide rückfällig geworden. In der Tatnacht gerieten sie in Streit, der 48-Jährige griff zum Messer. Sein Opfer verblutete.

Kompletten Spielautomaten geraubt

■ **Rahden.** Einen Spielautomaten haben Diebe aus einer Gaststätte in Rahden (Kreis Minden-Lübbecke) gestohlen. Dabei nahmen sie auch einen Schrank mit, in dem der Automat gegen Diebstahl gesichert war. Die Täter hätten ungewöhnlich „schwere Beute“ gemacht, meldet die Polizei: 200 Kilo mussten weggeschleppt werden.

20-Jähriger steckt eigene Möbel in Brand

■ **Warburg.** Bei einem Zimmerbrand im Warburger Ortsteil Rimbeck erlitt ein 20-Jähriger in der stark verqualmten Wohnung eine schwere Rauchgasvergiftung. Die Feuerwehr konnte das Feuer schnell löschen. Nach ersten Erkenntnissen geht die Polizei davon aus, dass der junge Bewohner selber Feuer in der Wohnung legte.

Grünes Licht für Umgehungsstraße

■ **Bad Wünnenberg.** Der Bau der 41 Millionen Euro teuren Ortsumgehung der Bundesstraße 480 ist beschlossene Sache. Gestern gab der Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages die ersten Millionen frei. Allein 20 Millionen kostet der Bau einer 820 Meter langen und 78 Meter hohen Brücke über das Aftetal bei Bad Wünnenberg.

Zahl der Einbrüche stark gestiegen

■ **Detmold.** Die landesweit steigenden Einbruchszahlen machen sich auch in Lippe bemerkbar. Die Polizei hat seit Anfang des Jahres in Detmold, Bad Salzungen und Lemgo doppelt so viele Fälle registriert wie im Vorjahr. Besonders stark stieg die Zahl der Einbrüche in Häuser und Wohnungen in Bad Salzungen – von 21 auf 53.



Schön, kitschig oder schon eine Belästigung? Viele Weihnachtsfans dekorieren ihr Haus üppig. Manche übertreiben es auch – und ärgern damit die Nachbarn.

FOTO: DPA

Große Aufregung um kleine Lichter

INTERVIEW: Schiedsmann Falk Jansen über angemessene Weihnachtsbeleuchtung

■ **Bielefeld.** Leuchtende Schriftzüge im Garten, blinkende Sterne im Fenster, das Dach mit Lichtern umrahmt: Auch in OWL ist üppigste Weihnachts-Deko schwer in Mode. Nicht jeder Nachbar ist darüber glücklich. Wenn die Adventsbeleuchtung zur Flutlichtanlage wird, sind Schiedsleute wie der Düsseldorfer Falk Jansen da, um den Streit außergerichtlich beizulegen. Mit ihm sprach Sandra Spieker.



Schiedsmann: Falk Jansen (70) ist Experte für Nachbarschaftsstreitigkeiten.

Herr Jansen, gefühlt nimmt das Dekorieren der Vorgärten in der Adventszeit noch immer zu. Woran stören sich die meisten?

FALK JANSEN: Generell muss man sagen, dass die Toleranz in den vergangenen Jahren zugenommen hat. Das liegt vielleicht auch daran, dass immer mehr umfangreiche Weihnachtsbeleuchtung zum Kauf angeboten wird und auch installiert wird. Der Klassiker sind ja derzeit Rentier und Schlitten im Vorgarten. Wenn es zu Streitfällen kommt, dann geht es meistens um die Helligkeit der Lichter.

Worauf muss ich denn achten, wenn ich meinen Vorgarten üppig schmücken will?

JANSEN: Grundsätzlich darf jeder Mieter oder Hauseigentümer seinen Garten oder sein Haus mit Weihnachtsbeleuchtung versehen. Es geht immer um die Frage: Was ist zumutbar? Wenn die Beleuchtung bis ins Schlafzimmer des Nachbarn hi-

nein blinkt und der sich nicht dagegen wehren kann, weil er keine Jalousien hat und die Beleuchtung nachts nicht ausgeschaltet wird, ist das nicht zumutbar. Dadurch kann sich der Nachbar in seiner Ruhe gestört fühlen und eine Beschwerde erheben, der auch nachgegangen wird. Das kann auch das Ordnungsamt auf den Plan rufen. Wenn ich ohnehin ein schlechtes Verhältnis zu meinem Nachbarn habe, muss ich damit rechnen, dass er sich an jeder Lichterkette stören könnte.

Gibt es Richtwerte, wie hell eine

Lichterkette sein darf?

JANSEN: Nein, die gibt es nicht. Jeder Fall wird individuell behandelt. Dabei geht es um die Dichte der Bebauung und andere örtliche Gegebenheiten. Meistens kommt es zu einer außergerichtlichen Schlichtung, weil beide Seiten ihre Ansprüche zurücknehmen. Weihnachtsbeleuchtung ist ja auch immer eine vorübergehende Sache. Manche Fälle landen aber auch vor Gericht.

Sollte ich also immer mit dem Nachbarn sprechen, bevor ich meinen Garten dekoriere?

JANSEN: Nein. Das ist dann

nicht nötig, wenn ich davon ausgehen kann, dass mein Nachbar dadurch nicht beeinträchtigt wird. Aber vielleicht kann man sich ja zusammensetzen und die Beleuchtung des Nachbarn auf dem eigenen Grundstück fortsetzen? So kann man sich auch zusammen auf Weihnachten freuen.

◆ Auch in anderen Nachbarschaftskonflikten geben Falk Jansen und seine Kollegen im Auftrag des NRW-Justizministeriums Tipps. Jeden ersten Donnerstag im Monat wird eine telefonische Fragestunde für Bürger angeboten (www.justiz.nrw.de).

FDP fürchtet um den Weihnachtsbaum

■ **Bielefeld** (kbz). „Was kommt nächstes Jahr – die Abschaffung der Weihnachtskränze?“ Der FDP-Landtagsabgeordnete Marc Lürbke aus Paderborn ist empört. Er sorgt sich um die heimische Weihnachtsbaumtradition, an die Umweltminister Johannes Remmel, die Axt lege.

Grund für Lürbkes Aufregung ist eine von der rot-grünen Landesregierung geplante Änderung des Landesforstgesetzes: Der Anbau von Weihnachtsbaumkulturen in heimischen Wäldern soll künftig reguliert werden. Eine Neuanlage von Christbaumplantagen müsste dann ausdrücklich genehmigt werden. Bereits existie-

rende Plantagen würden bei einer Gesetzesänderung allerdings Bestandsschutz genießen. Anlass für den Gesetzesentwurf ist der Sturm „Kyrill“, der im Jahr 2007 wütete. Anschließend wurden vor allem im Sauerland viele Waldflächen in Weihnachtsbaumplantagen umfunktioniert. Auf einer etwa 2.200 Hektar großen Fläche blieb die normale Aufforstung aus, Monokulturen entstanden.

Das war möglich, weil „das Landesforstgesetz nicht exakt definiert, wie Wald eigentlich auszusehen hat“, sagt Wilhelm Deitermann, stellvertretender Pressesprecher des Umweltministeriums NRW. Der

Gesetzesentwurf von Rot-Grün lege nun fest, dass Weihnachtsbaumplantagen kein Wald sind – nicht zuletzt, weil Rot-Grün erhebliche ökologische Auswirkungen durch weiteren Ausbau von Monokulturen fürchtet.

FDP-Mann Lürbke sorgt sich über etwas ganz anderes: „Viele Menschen schlagen sich beim Förster ihren Weihnachtsbaum – das wird es dann nicht mehr geben“, meint er. Doch das demontiert Deitermann entschieden: „Natürlich kann ein Vater mit seinem Kind in Begleitung eines Försters weiter in den Wald gehen und Christbäume schlagen. An dieser

Tatsache ändert auch der Gesetzesentwurf nichts.“

Für Hans-Friedrich Hardt, stellvertretender Vorsitzender des Waldbauernverbands NRW, ist der Vorschlag der Landesregierung in Teilen nachvollziehbar. „Große Weihnachtsbaumplantagen haben im Wald tatsächlich nichts zu suchen“, sagt er. Für Kleinwaldbesitzer seien Weihnachtsbäume jedoch ein wichtiger Nebenverdienst. Und der solle erhalten bleiben. „Ich bin deswegen für eine Flächenbegrenzung und klare Regeln, die unter anderem klären, wie Weihnachtsbäume ohne Giftstoffe kultiviert werden müssen.“

Corvey-Antrag geht auf die Reise

Kulturministerin Schäfer unterzeichnete Unterlagen für die UNESCO

■ **Düsseldorf/Höxter** (fpf). NRW-Kulturministerin Ute Schäfer (SPD) hat im Düsseldorfer Landtag den Antrag zur Aufnahme Corveys in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes unterzeichnet. Vor Landtagsabgeordneten und einer Delegation aus Ostwestfalen-Lippe sprach die Ministerin von einem „großen Schritt auf dem Weg zur Auszeichnung Corveys mit dem wichtigsten Denkmalschutz-Prädikat der Weltgemeinschaft“. Der Titel der Bewerbung, mit der sich Corvey um den Status des Weltkulturerbes bemüht, lautet: „Das karolingische Westwerk und die Civitas Corvey“.

Schäfer strich das historische und kulturelle Gewicht Corveys heraus und lobte Museumsleiterin Claudia Konrad als „Motor der Entwicklung“. Konrad hob hervor, wie sehr sich die Menschen im Kreis Höxter und darüber hinaus mit dem Antrag identifizierten. „Wir haben die Bevöl-

kerung mitgenommen, jetzt ist alles in politischer und diplomatischer Hand.“

Im kommenden Herbst wird eine UNESCO-Kommission nach Corvey reisen und sich unter anderem das einzige nahezu vollständig erhaltene karolingische Westwerk ansehen. Um den Antrag über das Auswärtige

Amt an die Beauftragte der Kultusministerkonferenz weiterzuleiten, ist für den 6. Januar ein Besuch von Bundesaußenminister Guido Westerwelle in Corvey zugesagt. Der Antrag muss bis zum 1. Februar 2013 eingereicht werden. Die Entscheidung über die Vergabe fällt im Juli 2014 in Algerien.



Geteilte Freude: Pfarrer Ludger Eilebrecht, Bürgermeister Alexander Fischer, Ministerin Ute Schäfer, Landrat Friedhelm Spieker, Museumsleiterin Claudia Konrad, Regierungspräsidentin Marianne Thomann-Stahl und Landesrätin Barbara Rüschoff-Thale. FOTO: PFTZNER

Staatsbad soll Zukunft haben

Landesverband Lippe spricht nicht mehr von „Liquidation“

VON MARTIN HOSTERT

■ **Horn-Bad Meinberg.** Der Landesverband Lippe (LVL) macht der Stadt Horn-Bad Meinberg Hoffnung: Bis Anfang Februar sollen die LVL-Spitze und die Stadt klären, wie es mit dem Staatsbad Meinberg weitergehen kann, heißt es in einem einstimmigen Beschluss der Verbandsversammlung. Über eine „Liquidation“, mit der Verbandschefin Anke Peithmann zum 31. März gedroht hatte, steht nichts im Beschluss.

Vorrangiges Ziel sei, den Kurbetrieb – der bislang in der Hand des LVL liegt – zu sichern. Die Stadt müsste die Vermittlung und Abgabe von Kuranwendungen in Eigenregie übernehmen. Wie es mit Kurveranstaltungen weitergeht und wie die Immobilien des Bads bewertet werden, soll später geklärt werden.

Der LVL will sich aus dem defizitären Staatsbad zurückziehen. Maximal 900.000 Euro will der

LVL künftig nur noch zuschießen. 2013 gilt als Übergangsjahr. Die Verbandsversammlung verlangt zudem einen neuen Wirtschaftsplan für das Staatsbad. Er soll einen erheblich reduzierten Zuschuss der einzigen Gesellschafterin „Landesverband“ an die Staatsbad Meinberg GmbH für 2013 festschreiben.

Das böse Wort von der „Liquidation“ findet sich in dem Beschluss nicht wieder. Vor allem die SPD sowie Annette Paschke-Lehmann (Grüne) hatten einen entsprechenden Passus im Entwurf kritisiert. SPD-Mann Manfred Vogt sprach von einer „überflüssigen Drohgebärde“. Allerdings verdeutlichte Rainer Krüger (CDU): „Wenn die Verhandlungen laufen, wie wir uns das wünschen, dann muss die Staatsbad GmbH aufgelöst werden. Ihre Hauptaufgaben lägen ja dann bei der Stadt.“

Auch die Festlegung auf das Datum 31. März hält er für richtig – um Druck auf die Stadt auf-

Freund mit Ausbeinmesser getötet

■ **Rheda-Wiedenbrück/Bielefeld** (nim). Das Bielefelder Landgericht hat eine 48-jährige Frau aus Rheda-Wiedenbrück (Kreis Gütersloh) wegen Totschlags zu sieben Jahren und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Sie hatte in der Nacht auf den 27. März dieses Jahres in einer Arbeiterunterkunft in Rheda-Wiedenbrück in alkoholisiertem Zustand ihrem Lebensgefährten nach einem heftigen Streit mit einem Ausbeinmesser in die linke Brusthöhle gestochen. Der Mann verblutete in der Wohnung.

In der Verhandlung vor dem Landgericht hatte die Angeklagte sich mit dem Argument verteidigt, sie habe das Messer nur aus einer Schublade gezogen, um ihrem Freund Angst zu machen. Anschließend habe es ein Gerangel um die Waffe gegeben, dabei seien beide aufs Bett gestürzt. Ihr Partner sei dabei offenbar so unglücklich in die Klinge gestürzt, dass er tödlich verletzt wurde. Diese Version wurde jedoch durch ein rechtsmedizinisches Gutachten widerlegt.

Mann aus Hüllhorst spurlos verschwunden



Vermisst: Karl-Friedrich M. verschwand mit seinem Jeep. FOTOS: POLIZEI

■ **Hüllhorst** (nw). Bei der Suche nach einem seit acht Wochen vermissten Mann aus Hüllhorst (Kreis Minden-Lübbecke) setzt die Polizei nun auf die Hilfe der Öffentlichkeit: Es sei völlig unklar, warum der 46 Jahre alte Karl-Friedrich M. am 21. Oktober ohne Vorzeichen sein privates Umfeld verlassen habe und ob er einem Verbrechen zum Opfer gefallen sei. Deshalb würden Zeugen, die den Mann oder sein auffälliges Auto (ein Jeep Wrangler mit Mindener Kennzeichen und der Aufschrift „Witch Black“ vorne links) gesehen hätten, gebeten, sich bei der Polizei zu melden, Tel. (05 71) 8 86 60. M. hatte seiner Lebensgefährtin an jenem Abend gegen 19 Uhr gesagt, er müsse noch kurz mit dem Auto weg. Danach verliere sich jede Spur.

rechtzuerhalten. Parteifreund Dirk Tolkemitt ergänzte diplomatisch: „Die Stadt hat ihre Verantwortung fürs Bad über die Jahre vielleicht ein bisschen begrenzt.“ Verbandsvorsteherin Peithmann verdeutlichte: „Wenn der Teilbereich Kuranlagen den Stadt geht, dann werden wir vom 1. April an keine Kurgäste mehr aufnehmen.“ Sie hält das „L-Wort“ für angemessen.

Kammerin Kerstin Haarmann zeigte sich unterdessen optimistisch, dass sie mit der Stadt zu einer guten Lösung kommen werde. „Ich sehe keine Schwierigkeiten, es sei denn aus politischen Gründen.“

Wie dringend eine Lösung aus Sicht des Landesverbands ist, zeigt der Haushaltsplan, den Haarmann gestern der Verbandsversammlung vorlegte: Der LVL wird auch 2013 seine Rücklagen aufgreifen müssen. Die Kammerin rechnet mit einem Defizit von 1,85 Millionen Euro.